

---

**Vorsitz: Polen****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(1359. Plenarsitzung)**

1. Datum: Sonntag, 27. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.05 Uhr  
Schluss: 12.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Ständige Rat eine Schweigeminute, um sein Mitgefühl und seine Solidarität mit den Opfern der fortdauernden Aggression gegen die Ukraine zum Ausdruck zu bringen. Der Vorsitzende, die Ukraine (PC.DEL/312/22) und die Generalsekretärin (SEC.GAL/36/22 OSCE+) gaben ebenfalls Erklärungen ab.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **DIE FORTDAUERENDE AGGRESSION DER  
RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE  
UKRAINE**

Zur Geschäftsordnung: Russische Föderation (Anhang 1), Vorsitz

Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien und der Ukraine) (Anhang 2), Vereinigtes Königreich (Anhang 3), Kanada (Anhang 4), Türkei (Anhang 5), Albanien (Anhang 6), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 7), Norwegen (PC.DEL/299/22), Belgien (Anhang 8), Rumänien (Anhang 9), Frankreich (Anhang 10), Georgien (Anhang 11), Österreich (Anhang 12), Lettland (Anhang 13), Schweiz (PC.DEL/310/22/Corr.1 OSCE+), Litauen (Anhang 14), Deutschland (Anhang 15), Moldau (Anhang 16), San Marino (Anhang 17), Niederlande (Anhang 18), Tschechische Republik (Anhang 19), Portugal (Anhang 20), Monaco (Anhang 21), Italien (Anhang 22), Malta (Anhang 23), Bulgarien

(Anhang 24), Slowenien (Anhang 25), Andorra (PC.DEL/301/22 OSCE+), Nordmazedonien, Irland (Anhang 26), Estland (Anhang 27), Spanien (Anhang 28), Generalsekretärin, Parlamentarische Versammlung der OSZE (PA.GAL/9/22 OSCE+)

Russische Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**

PC.JOUR/1359  
27 February 2022  
Annex 1

GERMAN  
Original: RUSSIAN

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG**

### **DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zuallererst möchte ich an Absatz IV.2(C)5 der Geschäftsordnung der OSZE erinnern, wonach Presse und Öffentlichkeit nicht zu den Sitzungen zugelassen sind, sofern die Teilnehmerstaaten nichts anderes beschließen. Wir sind der Ansicht, dass wir zur Einhaltung dieser Regel zwingend verpflichtet sind.

Darüber hinaus ist Punkt 1 der Tagesordnung der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates bewusst konfrontativ formuliert. Der Vorsitz hat keinen Versuch unternommen, sich mit den OSZE-Teilnehmerstaaten auf eine einvernehmliche Formulierung zu einigen. Es hat jedenfalls keine Konsultationen mit Russland gegeben. Wir halten diesen jüngsten Fall der Nichteinhaltung der Geschäftsordnung der OSZE durch den Vorsitz für absolut inakzeptabel. Er steht im Widerspruch zu Absatz IV.1(C)3 der Geschäftsordnung, der besagt, dass Tagesordnungsentwürfe für Sitzungen des Ständigen Rates vom Vorsitz unter Berücksichtigung der von allen Teilnehmerstaaten unserer Organisation geäußerten Standpunkte vorzubereiten und im Voraus auszugeben sind.

Wir werden auch nicht müde, an Beschlüsse der Beschlussfassungsorgane der OSZE zu erinnern, insbesondere an den Beschluss des Ministerrats von Porto 2002 und den Beschluss Nr. 485 des Ständigen Rates über die Rolle des amtierenden Vorsitzes der OSZE. Wir fordern den Vorsitz nachdrücklich auf, zur Einhaltung dieser Dokumente, die die Arbeit der OSZE regeln, zurückzukehren.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union (EU) verurteilt auf das Schärfste die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine. Mit seinen rechtswidrigen Militäraktionen verstößt Russland in grober Weise gegen das Völkerrecht, die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und den Acquis der OSZE und untergräbt die europäische und weltweite Sicherheit und Stabilität. Die Europäische Union unterstreicht, dass diese auch das der Ukraine zustehende Recht umfassen, über ihre Zukunft und ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression und alle Zerstörungen und Menschenleben, die er fordert. Es wird für seine Handlungen einstehen müssen.

Wir verurteilen auch die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine aufs Schärfste und fordern das Land erneut auf, von derartigen Handlungen Abstand zu nehmen und seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Europäische Union fordert, dass Russland seine Militäraktionen unverzüglich einstellt, alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht und die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und Hoheitsgewässer uneingeschränkt achtet. Wir fordern Russland auf, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und seine Desinformationskampagne und Cyberangriffe einzustellen.

Die Europäische Union ist erschüttert und bestürzt über den tragischen Tod von Menschen und deren Leid, das dieser Krieg verursacht, den Russland gegen die Ukraine führt. Wie das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte feststellt, gingen zwei nachgewiesene tödliche Zwischenfälle auf das Konto von Angriffen mit ballistischen Flugkörpern und Bomben auf einen Wohnblock. Wir erinnern daran, dass der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) seine wachsende Besorgnis zum Ausdruck gebracht und alle Seiten daran erinnert hat, dass seine Behörde Gerichtsbarkeit ausüben kann. Das Kriegsrecht verbietet wahllose Angriffe und solche, die sich gegen Zivilpersonen und ziviles Eigentum richten.

Die Europäische Union ist solidarisch mit all jenen, deren Leben von diesem ungerechtfertigten und nicht zu rechtfertigenden Angriff betroffen ist, und insbesondere mit den besonders gefährdeten Gruppen wie Frauen, Kindern und älteren Menschen. Ihre Rechte müssen allzeit gewahrt bleiben, und es muss gewährleistet sein, dass diejenigen, die diese Rechte verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Bedarf an humanitärer Hilfe wird stündlich größer und weitet sich aus. Zahlreiche Zivilpersonen sterben oder wurden verletzt. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind bereits mindestens 150 000 Ukrainerinnen und Ukrainer aus ihren Heimstätten geflohen – viele von ihnen in die Nachbarländer. Die Europäische Union koordiniert die Bereitstellung von Soforthilfe für die Ukraine im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der EU. Das Zentrum der EU für die Koordinierung von Notfallmaßnahmen steht in ständigem Kontakt mit den Behörden in der Ukraine und den Nachbarländern, um die weitere Hilfe zu organisieren. Wir fordern Russland auf, den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe und Unterstützung für alle Menschen in Not zu gewährleisten. Die Sicherheit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihres Personals in der Ukraine muss unbedingt gewährleistet werden.

Wir bringen unsere tiefe Besorgnis über Berichte zum Ausdruck, denen zufolge durch die aggressiven Handlungen Russlands auch Angehörige anderer Nationalitäten, darunter auch Mitglieder der griechischen Gemeinschaft in der Ostukraine, zu Schaden gekommen sein sollen, und verurteilen diese aufs Schärfste. Auch zwei dänische Reporter wurden verwundet. Wir betonen, dass Journalistinnen und Journalisten und andere Medienschaffende jeglichen Schutz erhalten müssen, damit sie ihre wichtige Rolle in dieser äußerst gefährlichen Zeit wahrnehmen können. Journalistinnen und Journalisten sind Zivilpersonen und wie Nichtkombattantinnen und -kombattanten zu behandeln.

Wir fordern Russland ferner auf, die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten und die ungehinderte Evakuierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ermöglichen. Wir fordern alle autonomen Institutionen und Durchführungsorgane der OSZE nachdrücklich auf, sich vorrangig mit den humanitären und anderen Folgen der anhaltenden militärischen Aggression Russlands im Rahmen des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE zu befassen.

Die EU bekräftigt ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Georgiens innerhalb seiner international anerkannten Grenzen. Wir rufen alle Länder auf, die beiden selbsternannten separatistischen Einheiten nicht anzuerkennen, sie weder zu unterstützen noch ihnen in irgendeiner Weise zu helfen. Die Europäische Union hat auf die Anerkennung der selbsternannten Separatisteneinheiten in der Ukraine durch Russland und die Stationierung seiner Streitkräfte rasch und energisch mit restriktiven Maßnahmen reagiert. Am 25. Februar hat die Europäische Union in enger Abstimmung mit ihren Partnern und Verbündeten weitere restriktive Maßnahmen beschlossen, die Russland massive und schwerwiegende Konsequenzen für sein Vorgehen auferlegen. Die Europäische Union hat beschlossen, gegen den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin und den Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow Sanktionen zu verhängen. Als Reaktion auf die unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat sich die Europäische Union

auch auf ein weiteres Paket individueller und wirtschaftlicher Maßnahmen auch Belarus betreffend geeinigt.

Die Europäische Union steht solidarisch geeint zur Ukraine und wird die Ukraine und ihr Volk gemeinsam mit ihren internationalen Partnern weiterhin unterstützen. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes und seiner demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter. Im Einklang mit dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU vom Dezember 2016 erkennt der Europäische Rat die auf Europa gerichteten Bestrebungen der Ukraine und ihre Entscheidung für Europa an, wie im Assoziierungsabkommen festgelegt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Ukraine in dieser Zeit großer Not nicht allein zu lassen.

Die Europäische Union ist der festen Überzeugung, dass die Anwendung von Gewalt und Zwang zur Veränderung von Grenzen im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz hat. Spannungen und Konflikte sollten ausschließlich durch Dialog und Diplomatie gelöst werden, wofür die OSZE steht. Die Europäische Union wird weiterhin eng mit ihren Nachbarn zusammenarbeiten und bekräftigt, dass sie die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und der Republik Moldau uneingeschränkt unterstützt und sich für sie einsetzt. Russland hat am Freitag sein Vetorecht im VN-Sicherheitsrat missbraucht – so wie es die Konsensregel in der OSZE wiederholt missbraucht hat –, um seine illegalen Aktionen voranzutreiben. Aber Russland kann kein Veto gegen unsere Aussagen einlegen. Russland kann kein Veto gegen das ukrainische Volk einlegen. Russland kann kein Veto gegen sein eigenes Volk einlegen, das gegen diesen Krieg auf die Straße geht. Russland kann kein Veto gegen die Charta der Vereinten Nationen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen und OSZE-Verpflichtungen einlegen. Russland kann und wird kein Veto dagegen einlegen, dass es für seine Taten zur Rechenschaft gezogen wird.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und Albanien<sup>Error! Bookmark not defined.</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Liechtenstein sowie Georgien und die Ukraine schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender, für die Einberufung dieser heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates.

Wir bedauern zutiefst, dass wir zum vierten Mal innerhalb weniger als einer Woche unter den schrecklichsten Umständen zusammenkommen. Die Nachrichten aus Kyjiw und anderen Teilen der Ukraine sind bedrückend. Die russische Führung hat – ohne Notwendigkeit oder Provokation – den größten europäischen Krieg seit 1945 losgetreten. Sie hat den Wahnsinn eines konventionellen Krieges – von dem wir dachten, er gehöre der Geschichte an – wieder nach Europa gebracht, gegen einen friedlichen, souveränen und demokratischen Nachbarn.

Das Vorgehen Russlands ist eine eklatante Missachtung der Charta der Vereinten Nationen, des Budapester Memorandums, der Minsker Vereinbarungen und der Schlussakte von Helsinki. Und nicht nur das: Russland hat alle nachfolgenden OSZE-Erklärungen und Deeskalationsmechanismen missachtet, die es nicht nur freiwillig unterzeichnet, sondern auch mit entwickelt hat. Die russische Regierung hat sich von ihren Verpflichtungen, die zum Schutz unserer aller Sicherheit gedacht waren, losgesagt und macht sich nun daran, einen unabhängigen Staat mit Waffengewalt zu erobern. Das ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sondern auf die Sicherheit und Freiheit von ganz Europa.

Wir haben uns mittlerweile alle an die regelmäßigen Lügen der russischen Regierung gewöhnt. Russland hat behauptet, sein militärischer Aufwuchs sei nur eine Übung – eine Lüge. Russland hat behauptet, die Ukraine stelle eine Bedrohung dar – eine Lüge. Und Russland behauptet, dass es eine friedenserhaltende Operation durchführe – eine Lüge.

Aber langsam kommt die Wahrheit über das Vorgehen der russischen Regierung in der Ukraine ans Licht. Wie der Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte am Freitag sagte: „Der Angriff auf die Ukraine währt kaum vierundzwanzig Stunden und fordert schon seinen Blutzoll unter der Zivilbevölkerung.“ Die britische Regierung hat bestätigt, dass in mehreren Fällen große Wohngebäude in ganz Kyjiw durch Militärangriffe zerstört wurden. UNICEF berichtet von verängstigten Familien, die überall in der Stadt unterirdisch Schutz suchen. Wir haben Berichte über Zivilpersonen gesehen, die von russischen Soldaten erschossen wurden, und – völlig unvorstellbar – über Panzer, die

Menschen bei lebendigem Leib in ihren Autos zermalmt. Wir haben Aufnahmen von Uragan-Mehrfachraketenwerfern – Waffen mit großer Flächenwirkung – verifiziert, die wahllos auf die Stadt Achterka abgefeuert wurden und viele Opfer forderten. Und, Herr Vorsitzender, wir müssen leider auch bestätigen, dass ein Kindergarten namens Solnyschko völlig zerstört worden ist.

Vergangene Nacht haben wir Berichte erhalten, dass die ukrainische Energieinfrastruktur angegriffen wurde, darunter das Öllager in Rowenky (Luhansk) und das Öllager in Wassylkiw bei Kyjiw. Besorgniserregend sind auch Berichte über erhöhte Strahlungswerte, die in der Sperrzone von Tschernobyl festgestellt wurden – das sind nur einige Beispiele für die Umweltschäden, die diese unprovokierte russische Invasion bereits jetzt zeitigt.

Diese Krise führt auch zu Vertreibungen. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben rund 100 000 Menschen ihr Zuhause verloren. Friedliche Zivilpersonen, die vor dem russischen Angriff fliehen, kommen jetzt in Moldau, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik an. Berichten zufolge bildete sich am Samstagmorgen eine 58 Kilometer lange Schlange an der Grenze zur Republik Moldau; 30 000 Menschen haben die Grenze bereits überquert. Seitdem sind es noch mehr geworden. Herr Vorsitzender, Sie erwähnten die Tausenden von Zivilpersonen, die in Polen ankommen. Ich bin dankbar für die Menschlichkeit dieser Länder, die friedliche Zivilpersonen aufnehmen. Wir müssen auch die sichere Ausreise der Teams der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine unterstützen.

Das russische Militär bombardiert auf Befehl der Regierung die Zivilbevölkerung und hat Tausende zur Flucht gezwungen. Sie nennen das Entmilitarisierung. Sie zerstören Kindergärten und nennen das Entnazifizierung. Herr Vorsitzender, sie werden alles verwüsten und das dann Frieden nennen. Haben sie kein Ehrgefühl? Schämen sie sich nicht?

Herr Vorsitzender, seit über 150 Jahren sind die Regeln für bewaffnete Konflikte in den Genfer Konventionen niedergelegt. Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz stellte fest, dass sich alle Seiten an das humanitäre Völkerrecht halten müssen. Er sagte: „Angriffe dürfen sich nicht gegen zivile Objekte richten“. Und er sagte, dass „der Einsatz von Waffen mit großflächiger Wirkung in bewohnten Gebieten vermieden werden sollte“. Amnesty International hat erklärt, dass der Einsatz von Flächenwaffen durch das russische Militär in dicht besiedelten Gebieten als Kriegsverbrechen angesehen werden kann.

Eines Tages – wenn dieser schreckliche Angriff und die Tragödie, die sich abzeichnet, vorbei sind – werden die russischen Soldatinnen und Soldaten ihren ukrainischen Schwestern und Brüdern in die Augen schauen und sich vor ihnen für ihre Taten verantworten müssen.

Bis es so weit ist, werden wir Präsident Putin zur Rechenschaft ziehen. Vor drei Tagen kündigte unsere Außenministerin in diesem Forum das härteste Sanktionspaket an, das je gegen Russland verabschiedet wurde. Damals sagten wir, dass diese Sanktionen noch verschärft werden könnten. Gestern wurden weitere Sanktionen angekündigt. Gestern Abend wurde gemeinsam mit internationalen Partnern die entscheidende Maßnahme gesetzt, Russland aus dem globalen Finanzsystem auszuschließen, mit dem wichtigen ersten Schritt, russische Banken aus SWIFT auszuschließen. Wir werden der Ukraine auch weiterhin defensiven Beistand leisten. Und wo es Beweise für Kriegsverbrechen gibt, werden wir dafür sorgen, dass – so lange auch immer es dauern mag – der Gerechtigkeit Genüge getan wird.



Herr Vorsitzender, das Vereinigte Königreich ist sich mit seinen internationalen Partnern einig in der Verurteilung der vorsätzlichen, unprovokierten und ungerechtfertigten Aggression der russischen Regierung gegen das ukrainische Volk. Wir sind solidarisch mit der Ukraine. Wir haben allergrößte Hochachtung und Bewunderung für die tapferen Männer und Frauen der ukrainischen Streitkräfte, deren Ausdauer und Widerstandskraft – nach Einschätzung unseres militärischen Nachrichtendienstes – dafür gesorgt haben, dass Präsident Putin auch nicht ein einziges seiner Tagesziele erreichen konnte. Wir treten für das Recht des ukrainischen Volkes ein, über sein Schicksal und seine Sicherheit selbst zu entscheiden, und werden das auch weiterhin tun. Ohne Aggression von außen, ohne Zwang. Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes – so lange auch immer es dauern mag –, um sicherzustellen, dass seine Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit rechtmäßig wiederhergestellt werden.

Herr Vorsitzender, die Augen aller Welt sind darauf gerichtet. Russland ist jetzt ein internationaler Paria. Russland muss seine Angriffe einstellen und seine Streitkräfte zurückziehen. Präsident Putins schmutziges Vorhaben ist zum Scheitern verurteilt und wird als gescheitert angesehen werden. Wie lange auch immer es dauern mag, das Vereinigte Königreich wird unbeirrt und unbeirrbar sein Ziel verfolgen. Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

in den 66 Stunden, die seit unserem letzten Treffen in diesem Forum vergangen sind, hat Russland seinen unprovokierten, ungerechtfertigten und skrupellosen Krieg gegen die Ukraine fortgesetzt.

Es steht zweifelsfrei fest, dass Russland hier einen regelrechten Krieg führt. Während wir hier zusammenkommen, wird Kyjiw, ebenso wie zahllose andere Städte in der ganzen Ukraine belagert. Heute Morgen ist die Stadt noch nicht gefallen.

Es ist ein regelrechter Krieg, den ein Aggressor – Russland – gegen seinen Nachbarstaat führt. Russland hat fast das gesamte Spektrum seiner konventionellen Fähigkeiten eingesetzt, darunter Bodentruppen, auf dem Gefechtsfeld eingesetzte Lenkwaffensysteme, schwere Bomber, Beschießung durch Seestreitkräfte, Landungsschiffe und Sturmtruppen, Luftlandetruppen und Spezialkräfte.

Russland hat den größten Krieg in Europa seit Generationen begonnen. Wir werden nicht zulassen, dass die aggressiven Desinformations- und Propagandakampagnen Russlands diese Wahrheit vertuschen. Der Kreml versucht, diese Wahrheit im eigenen Land zu verschweigen, um die Realität vor der russischen Bevölkerung geheim zu halten, die diesen Krieg ablehnt und nicht verstehen kann, warum Putin junge Russinnen und Russen in die Ukraine einmarschieren lässt, um friedliche Ukrainerinnen und Ukrainer zu töten. Putin geht mit drakonischen Maßnahmen gegen Anti-Kriegs-Demonstrationen in russischen Städten vor, lässt Tausende festnehmen und bedroht alle Medien, wenn sie über etwas berichten, das nicht vom Kreml absegnet wurde. Das kann nicht so bleiben. Die Wahrheit wird obsiegen – auch für das russische Volk – allen zynischen Versuchen des Kremls zum Trotz.

Herr Vorsitzender,

im Namen von ganz Kanada würdige ich die Tapferkeit und den Mut des ukrainischen Volkes, das seine Heimat standhaft gegen die russische Invasion verteidigt.

Es gibt bereits unzählige mutige und heldenhafte Taten, aber lassen Sie mich vom einfachen Soldaten Witalij Schakun berichten.

Um den Vormarsch einer russischen Panzerkolonne zu verlangsamen, die auf die Henitscheski-Brücke in der Nähe von Cherson vorrückte, informierte Schakun seine Einheit, dass er die Minen von Hand zünden werde, da ihm keine Zeit zur Fernzündung blieb. Er verabschiedete sich per Funk von seinen Kameradinnen und Kameraden und sprengte die Brücke.

Witalij Schakun hat sein Leben geopfert, um seine Heimat zu verteidigen. Und während wir hier sprechen, tun unzählige Ukrainerinnen und Ukrainer im ganzen Land das Gleiche.

Russland hat etwas erreicht, was es wohl nie beabsichtigt hatte: Es hat die Menschen in der Ukraine geeint. Es hat ehemalige politische Gegner zusammengebracht, wobei sich der ehemalige Präsident Poroschenko dem Kampf von Präsident Selenskyj und der ukrainischen Regierung angeschlossen hat. Auf die Frage eines CNN-Reporters, wie lange die Ukraine seiner Meinung nach noch durchhalten könne, antwortete Poroschenko nach einer Pause: „Für immer und ewig“. Denn, so sagte er, egal über wie viele Mann, Raketen oder Atomwaffen Putin verfüge, „wir Ukrainerinnen und Ukrainer sind ein freies Volk mit einer großen Zukunft in Europa“.

Und über die Ukraine hinaus hat Russland Europa und die Welt geeint. Gemeinsam mit Kanada stimme ich in den Chor derjenigen ein, die weltweit in immer größerer Zahl ausrufen: *Slava Ukraini*.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche höflich um Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

ich möchte zu Beginn unser tiefes Mitgefühl mit den ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck bringen, die ihr Leben verloren haben und verlieren.

Wir sind tief betroffen vom Leid der Zivilbevölkerung, wenn wir erleben, wie Tausende von Männern, Frauen und Kindern vertrieben werden, flüchten, um sich in Sicherheit zu bringen.

Niemand hat das Recht, das Leben von Millionen von Menschen in so große Gefahr zu bringen. Nichts, aber auch gar nichts kann das Leid der Zivilbevölkerung rechtfertigen.

Keine Erklärung kann dem Schmerz gerecht werden, den wir angesichts einer derartigen humanitären Tragödie empfinden.

Nicht nur die OSZE, auch die internationale regelbasierte Ordnung ist auf dem Prüfstand.

Der militärische Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist inakzeptabel.

Wir weisen diesen Angriff zurück, ebenso wie die Entscheidung, die so genannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen. So wie wir auch die illegale Annexion der Krim zurückgewiesen haben.

Dieser Angriff ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht.

Er stellt eine schwerwiegende Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in unserer Region und in der Welt dar.

Wir treten unverändert für die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, ein und werden diese auch in Zukunft unterstützen. Dazu sind wir rechtlich und moralisch verpflichtet.

Wir fordern die Russische Föderation auf, diesen rechtswidrigen Angriff abubrechen und auf den Weg des Dialogs und der Diplomatie zurückzukehren.

Es ist höchste Zeit, unsere OSZE-Verpflichtungen einzuhalten, einschließlich derjenigen in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und dem Dokument von Istanbul.

Es ist auch höchste Zeit, sich an die Charta der Vereinten Nationen zu erinnern.

Es ist unsere Pflicht als Teilnehmerstaaten, für Rechtmäßigkeit einzutreten.

Mein Land ist zur Zusammenarbeit mit allen Parteien bereit, um eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen.

Abschließend möchte ich die Rolle der Sonderbeobachtermission in der Ukraine hervorheben und unterstreichen, dass die Sicherheit der Beobachterinnen und Beobachter und des Personals gewährleistet werden muss. In dieser Hinsicht vertrauen wir bei den laufenden Evakuierungsbemühungen auf die große Erfahrung des Leitenden Beobachters, Botschafter Çevik, und seines fähigen Teams. Wir wissen auch die enorme Arbeit der Generalsekretärin Schmid und des OSZE-Sekretariats in dieser Hinsicht zu schätzen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ALBANIENS**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind heute einmal mehr aufgerufen, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, wo wir als Teilnehmerstaaten, einzeln und als Gemeinschaft, stehen.

Seit der letzten außerordentlichen Sitzung dieses hohen Rates hat Russland seine Aggression gegen die souveräne Ukraine fortgesetzt und ihr damit Elend, Leid und Zerstörung zugefügt.

Damit hat Russland die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht, die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen unter den Trümmern von Kyjiw und anderen ukrainischen Städten begraben. Russland kann zwar versuchen, eine rechtmäßige Regierung zu stürzen und die Ukraine zu zerstören, aber die Freiheit und die Menschenwürde, für die das ukrainische Volk kämpft und standhaft durchhält, können nicht zerstört werden.

Am Freitag haben Albanien und die Vereinigten Staaten von Amerika im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen Resolutionsentwurf vorgelegt, in dem das Vorgehen Russlands verurteilt und betont wird, dass Russland seine Gewaltanwendung gegen die Ukraine unverzüglich einstellen und seine Streitkräfte abziehen müsse. Darin wird außerdem die Erleichterung der humanitären Hilfe für die Menschen in Not in der Ukraine gefordert und auf fortgesetzte Bemühungen zur Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise gedrängt.

Russland – ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, dem die Welt die Verantwortung übertragen hat, Entscheidungen über Frieden und Sicherheit zu treffen – missbrauchte wenig überraschend seine Position, indem es sein Veto gegen die Resolution einlegte.

Es erfüllt uns jedoch mit Zuversicht, dass 11 Mitglieder des Sicherheitsrats für die Resolution gestimmt haben und mehr als 80 Mitgliedstaaten den Resolutionsentwurf mitgetragen haben, was zeigt, dass die internationale Gemeinschaft die russische Aggression auf breiter Front verurteilt.

Noch ist es nicht zu spät, diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Wir fordern Russland auf, unverzüglich zur Vernunft zu kommen. Die zahlreichen Berichte und Bilder aus der Ukraine erfüllen uns mit Erschütterung und Trauer. Wir bekunden den Angehörigen der zahlreichen Todesopfern unser Beileid. Unsere beharrlichen Bemühungen um Frieden in der Ukraine – hier in der OSZE, in den Vereinten Nationen und anderswo – werden fortgesetzt.

Die Nationen werden sich noch über Generationen hinweg daran erinnern, wo jeder von uns an diesem historischen Scheideweg stand. Heute stehen wir an der Seite der Ukraine, ihres Volkes, ihrer Regierung. *Today, we all are Ukraine!*

Lieber Herr Vorsitzender,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten erneut dazu aufrufen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um jedes Menschenleben in der Ukraine zu schützen, einschließlich der Sicherheit des OSZE-Personals, dessen Arbeit, Einsatz und Mut uns mit Hochachtung und Bewunderung erfüllen.

In dieser kritischen Phase werden wir in enger Abstimmung mit unseren Partnerinnen und Partnern weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und weiterhin solidarisch zur Ukraine stehen.

Ich bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal dieser Sitzung.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ein tyrannisches Regime führt vorsätzlichen Krieg gegen ein friedliches Land. Die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine sehen wir heute: Tote Zivilistinnen und Zivilisten und die mutwillige Zerstörung ziviler Infrastruktur – Wohnhäuser, Kindergärten, Waisenhäuser. Kinder kauern frierend, hungrig und verängstigt in überfüllten U-Bahnstationen. Das ist grausam. Das ist barbarisch. Das ist gewissenlos.

Diese Organisation wurde auf Prinzipien errichtet. Prinzipien, die in der Charta von Paris, der Schlussakte von Helsinki und der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. In den letzten Monaten hat die Russische Föderation mit allen diesen Prinzipien der Reihe nach gebrochen. An ihrer statt hat sie sich für Krieg entschieden. Sie hat sich für Aggression entschieden. Sie hat sich für den Bruch mit dem Völkerrecht entschieden.

Wir haben so viele Male – wir alle in diesem Rat – zum Dialog und zur Diplomatie aufgerufen. Unsere Appelle wurden mit Lügen und Schweigen beantwortet. Zu gegebener Zeit werden wir darüber nachdenken müssen, was das für unsere diplomatischen Bemühungen um Frieden und Sicherheit in Europa heißt. Wie können wir unsere kollektive Sicherheit wiederherstellen, wenn uns nicht einmal die elementarsten Regeln eines vernünftigen Diskurses gemeinsam sind? Wie können wir mit einem Regime vernünftig diskutieren, das behauptet, es gäbe keine ukrainische Nation? Wie können wir Vereinbarungen schließen, wenn die Russische Föderation so eklatant und brutal gegen das Völkerrecht verstößt?

Und obwohl die Dolmetscherinnen und Dolmetscher unsere Worte in so viele verschiedene Sprachen übersetzen, haben die Worte des Vertreters der Russischen Föderation keinerlei Relevanz. Sie stimmen nicht mit der Realität überein, die wir alle erleben. Diese Realität ist, dass der demokratisch gewählte Präsident der Ukraine, dessen Muttersprache zufällig Russisch ist, tapfer seinen Mann steht, während russische Panzer und Truppen auf Kyjiw vorrücken, um ihn gewaltsam zu stürzen.

Gestern Abend erhielt ich eine SMS von einer ehemaligen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, die sich derzeit in Kyjiw befindet. Sie schreibt: „Wir wissen nicht, wie lange wir standhalten können, aber seien Sie gewiss, dass sich Russland nicht damit



zufriedengeben wird, die unabhängige Ukraine zu vernichten, nachdem alle roten Linien und psychologischen Barrieren überschritten wurden.“ Das waren ihre Worte. Mittlerweile hören wir, dass Russland Finnland und Schweden mit „militärischen und politischen Konsequenzen“ droht. Das sind die Worte des Kremls.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Wahnsinn.

Das ist kein Kampf zwischen Ideologien oder Weltanschauungen, den wir hier erleben. Es geht um etwas viel Grundsätzlicheres. Es geht um Frieden gegen Krieg. Um Diktatur gegen Demokratie. Um Wahrheit gegen Lügen. Und das geht weit, sehr weit über die Ukraine hinaus.

Unsere vordringliche Aufgabe ist es, Ressourcen zur Bewältigung der gewaltigen menschlichen und humanitären Tragödie zu mobilisieren, die sich vor unseren Augen abspielt. Kyjiw, eine Stadt in der rund drei Millionen friedliche Männer, Frauen und Kinder leben, ist eingekesselt. Erinnern wir uns daran, was die russischen Streitkräfte gemeinsam mit ihren syrischen Verbündeten vor nur sechs Jahren mit der Stadt Aleppo gemacht haben.

Zehntausende Flüchtlinge sind bereits aus der Ukraine geflohen, und viele weitere werden in den kommenden Tagen folgen. Und viele mehr wurden innerhalb der Ukraine zu Binnenvertriebenen, deren Zahl ebenfalls noch steigen wird. Ihnen müssen wir helfen. Die Menschen in der Ukraine brauchen Lebensmittel, Wasser, ein Dach über dem Kopf und Medikamente.

Und natürlich brauchen sie auch die Mittel, um sich zu verteidigen. Gestern hat Außenminister Blinken angekündigt, dass die Vereinigten Staaten der Ukraine weitere tödliche Verteidigungshilfe im Wert von 350 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen werden. Das ist der richtige Weg. Das müssen wir tun, um die Freiheit in der Ukraine und die Freiheit in der ganzen Welt zu unterstützen.

Im weiteren Verlauf müssen wir auch die Gräueltaten der Russischen Föderation, die Opfer unter der Zivilbevölkerung, die die Russische Föderation zu verantworten hat, und alle ihre Kriegsverbrechen genauestens dokumentieren, um sicherzustellen, dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen wird. Es ist eine finstere Zeit, aber wenn sich die Nebel des Krieges gelichtet haben, werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben auch all jene im Blick, die diesen Krieg ermöglichen, einschließlich des Regimes in Belarus; auch sie werden zur Rechenschaft gezogen werden.

Herr Vorsitzender, ich verneige mich vor dem heldenhaften Einsatz der Ukrainerinnen und Ukrainer aller Bevölkerungsschichten, die ihr Land, ihre Freiheit und ihre Lebensweise verteidigen. Sie verdienen unsere größtmögliche Unterstützung. Ich möchte mich auch dem Vorsitz anschließen und allen Opfern dieser abscheulichen Aggression der Russischen Föderation mein Beileid aussprechen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang zum Journal des Tages.

Danke.

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION BELGIENS**

Herr Vorsitzender,

Belgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union (EU) vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir, mich angesichts des Ernstes der Lage auch in nationaler Eigenschaft zu äußern.

Am Freitag haben nicht weniger als 48 Ministerinnen und Minister die unprovizierte und ungerechtfertigte militärische Aggression gegen die Ukraine, an der Belarus beteiligt ist, verurteilt. Alle EU-Mitgliedstaaten waren sich einig, dass Russland die volle Verantwortung für die Folgen dieser Handlungen trägt, die gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen.

Präsident Putin behauptet zwar, die ukrainische Zivilbevölkerung sei kein Angriffsziel, doch leider widerspricht dem die Realität vor Ort. Die humanitäre Lage verschlimmert sich, wofür ausschließlich Russland die Schuld trägt. Der Aggressor und Urheber dieser abscheulichen Taten ist die Russische Föderation. Daher hat meine Regierung beschlossen, der Ukraine mit humanitärer Hilfe und anderer Unterstützung beizustehen, um das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Darüber hinaus fordert Belgien Russland auf, das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt zu achten. Die mutigen und friedlichen Menschen auf den Straßen Russlands, die Frieden fordern und sich nach Freiheit sehnen, haben unsere volle Unterstützung.

Abschließend, Herr Vorsitzender, möchten wir noch einmal unsere volle Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie für das ukrainische Volk, seine demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter bekräftigen.

*Today, we are all Ukraine.*

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Rumänien schließt sich der im Namen der Europäischen Union (EU) abgegebenen Erklärung voll und ganz an. Darüber hinaus möchte ich in nationaler Eigenschaft Folgendes hinzufügen.

Rumänien verurteilt erneut auf das Schärfste die ungerechtfertigte und unprovokierte militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine, einen unabhängigen und souveränen Staat. Diese ist ein gravierender Verstoß gegen das Völkerrecht, eine schwere und eklatante Verletzung der Charta der VN und aller OSZE-Verpflichtungen. Sie muss sofort aufhören. Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, alle ihre Streitkräfte und ihre gesamte Ausrüstung unverzüglich und bedingungslos aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen. Wir rufen auch die internationale Gemeinschaft auf, von Russland weiterhin die sofortige Beendigung dieser Aggression zu verlangen, die den internationalen Frieden und die Sicherheit weltweit gefährdet.

Wir sind zutiefst besorgt über die humanitären Auswirkungen der fortgesetzten militärischen Aggression. Es gibt bereits Beweise, die den Tod von Zivilpersonen und großes Leid dokumentieren. Wir verurteilen die russischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur in der Ukraine aufs Schärfste und fordern die Russische Föderation auf, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu achten und sicheren und ungehinderten Zugang zu allen Menschen in Not zu gewähren. Die Sicherheit unserer Beobachterinnen und Beobachter in der Sonderbeobachtermission in der Ukraine muss ebenfalls gewährleistet sein, und wir erwarten von Russland, dass es ihre sichere Evakuierung erleichtert. Die Russische Föderation trägt die unmittelbare Verantwortung für alle ihre Handlungen und deren schreckliche Folgen.

Auch Belarus verstößt dadurch gegen das Völkerrecht, dass es zulässt, dass sein Hoheitsgebiet für die militärische Aggression gegen die Ukraine genutzt wird. Seine Mitverantwortung an der gegenwärtigen Situation kann und wird nicht verschwiegen werden. Wir fordern Belarus nachdrücklich auf, diese Handlungen zu unterlassen und seinen völkerrechtlichen und OSZE-Verpflichtungen nachzukommen.

Die anhaltende russische Aggression wird von der internationalen Gemeinschaft mit der schärfsten Reaktion beantwortet. Es wurden bereits mehrere politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergriffen, weitere werden folgen. Rumänien hat soeben wie andere Staaten russischen Fluggesellschaften den Zugang zu unserem Luftraum untersagt. Wenn Russland seine militärische Aggression und seinen Druck auf die Ukraine nicht beendet, muss es mit einer Isolierung und massiven Kosten rechnen, deren Nachwirkungen noch Jahre anhalten werden.

Gemeinsam mit unseren europäischen und euroatlantischen Partnern steht Rumänien an der Seite der Ukraine, ihrer demokratisch gewählten Institutionen und Vertreterinnen und Vertreter und des ukrainischen Volkes. In diesen tragischen Zeiten ist es wichtig, die Ukraine und das ukrainische Volk in seiner Not zu unterstützen. Zusätzlich zu den Maßnahmen, die wir gemeinsam mit unseren EU-Partnern und über die EU-Mechanismen ergreifen, leistet Rumänien denjenigen Soforthilfe, die über die Grenze nach Rumänien kommen und in unserem Land Schutz suchen. Wir beobachten auch eine deutliche Zunahme des Zustroms von Ukrainerinnen und Ukrainern nach Rumänien.

Lassen Sie mich abschließend die unerschütterliche Unterstützung Bulgariens für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen. In diesen Tagen jährt sich die illegale Annexion der Autonomen Republik Krim und der ukrainischen Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation zum achten Mal. Dieser traurige Jahrestag sollte nicht vergessen werden. Wir verurteilen auch weiterhin diesen Verstoß gegen das Völkerrecht und die eklatante Verletzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie die Nutzung der Halbinsel Krim als Ausgangspunkt für die derzeitige Aggression gegen die Ukraine. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine werden auch jetzt durch Russlands fortgesetzte militärische Angriffe gegen die Ukraine und seine Entscheidung, die ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängige Einheiten anzuerkennen, weiter verletzt.

In diesem Zusammenhang können und dürfen wir unsere anderen europäischen Partner nicht vergessen, insbesondere die Republik Moldau und Georgien, die ebenfalls zunehmend unter Druck stehen und von der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Region unmittelbar betroffen sind. Wir treten entschlossen für ihre Souveränität und territoriale Integrität und ihr Recht ein, frei über ihre eigene Außenpolitik zu entscheiden.

Wir stehen auf Seiten der Ukraine.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an und möchte die folgende Erklärung in nationaler Eigenschaft abgeben.

Frankreich dankt dem polnischen Vorsitz für die zeitnahe Einberufung dieser neuerlichen Sondersitzung des Ständigen Rates. Wir bedauern, dass wir angesichts der äußerst ernsten Lage zum vierten Mal in dieser Woche keine andere Wahl hatten, als erneut an diesem Ort zusammenzukommen.

Frankreich verurteilt die vorsätzliche militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Ebenso verurteilt es die vom Regime Lukaschenkos gebilligte Nutzung des belarussischen Hoheitsgebiets zur Durchführung dieser Aggression gegen ein souveränes Land, die gegen alle Grundprinzipien verstößt, auf denen diese Organisation beruht und die das Herzstück ihrer Gründungsdokumente bilden.

Herr Vorsitzender,

wir haben uns hier versammelt, weil die russischen Angreifer direkt gegen Kyjiw vorrücken. Wer hätte sich auch nur einen Moment lang vorstellen können, dass zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Hauptstadt eines freien, unabhängigen und souveränen Landes in Europa ein solches Schicksal und solche Gräueltaten erleiden würde? Die Ereignisse dieser Woche, und noch mehr der Angriff der russischen Armee auf Kyjiw, sind ein Wendepunkt in der Geschichte Europas und unserer Organisation. Dieser Akt der Aggression wird sich auf unser Leben und die Geopolitik unseres Kontinents nachhaltig und tiefgreifend auswirken. Mit seinem Wort- und Vertragsbruch, der Ablehnung jeglicher Diplomatie, der Entscheidung für den Krieg und der Missachtung der Souveränität der Ukraine hat Russland dem Frieden und der Stabilität auf unserem Kontinent den schwersten Schlag seit dem Zweiten Weltkrieg versetzt.

Gestatten Sie mir, im Namen Frankreichs und in meinem eigenen Namen unsere volle Solidarität mit dem ukrainischen Volk und seiner demokratisch gewählten Führung zum Ausdruck zu bringen. Wir verneigen uns vor ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit. Ihre Freiheit ist auch die unsere. Vor acht Jahren haben die Ukrainerinnen und Ukrainer, ein freies und souveränes Volk, mit Stolz ihre Ehre verteidigt. Die Kriegsgräuelt, die Russland heute über die Bevölkerung gebracht hat, haben nichts mit Ehre zu tun.

In dieser Stunde, eine der schwersten seit der Gründung dieser Organisation, fordern wir Russland auf, unverzüglich und ohne Vorbedingungen seine Verantwortung wahrzunehmen, indem es den Schutz der Zivilbevölkerung unter der Knute seines Militärs und die uneingeschränkte Achtung des humanitären Völkerrechts gewährleistet. Es geht um die Bewahrung der fundamentalsten Werte, auf denen die Menschheit gründet.

Das humanitäre Völkerrecht kann nicht beliebig ausgelegt noch an Bedingungen geknüpft werden. Es handelt sich nicht um ein abstraktes Konzept, sondern um allgemein akzeptierte Regeln zum Schutz des menschlichen Lebens und der menschlichen Würde. Wir erinnern Russland an die Verpflichtungen seiner Streitkräfte, die – und ich wäge meine Worte – Angreifer und Aggressor sind. Wir fordern Russland außerdem auf, die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine nicht zu behindern. Und schließlich fordern wir Russland auf, die Sicherheit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu gewährleisten, insbesondere in den Gebieten, die nicht von der ukrainischen Regierung kontrolliert werden. Dafür wird Russland künftig direkt verantwortlich sein und es wird dafür wie für alles andere von der internationalen Gemeinschaft zur Rechenschaft gezogen werden.

Darüber hinaus bringen wir unsere ernste Besorgnis über die Lage in Tschernobyl zum Ausdruck, nachdem Russland die Kontrolle über die in der Sperrzone liegenden Anlagen des Kernkraftwerks übernommen hat. Wir erinnern Russland daran, dass jeder Angriff auf Kernkraftwerke, die für friedliche Zwecke bestimmt sind, oder die Androhung eines solchen Angriffs eine Verletzung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts darstellt. Darüber hinaus ist es für unsere gemeinsame Sicherheit von größter Bedeutung, dass der sichere und gesicherte Betrieb der kerntechnischen Anlagen in dieser Zone in keiner Weise beeinträchtigt oder gestört wird.

Herr Vorsitzender,

Kyjiw wird von wahllosen Panzerangriffen und unaufhörlichen Bombenangriffen bedrängt. Unsere hier anwesenden ukrainischen Kolleginnen und Kollegen können das bezeugen. Diese verabscheuungswürdigen Akte der Aggression werden Konsequenzen haben. Wir sind dafür gerüstet. Wir werden nicht zulassen, dass die Grundprinzipien der europäischen und internationalen Ordnung durch brutale Gewalt zerstört werden. Wie wir bereits mehrfach angekündigt haben, werden wir auf diesen kriegerischen Akt mit Stärke, Kaltblütigkeit, Entschlossenheit und in völliger Geschlossenheit reagieren. Russland wird von der internationalen Gemeinschaft geächtet werden. Unsere Entschlossenheit wird nicht wanken. Russland wird sowohl in wirtschaftlicher als auch in diplomatischer Hinsicht hohe Kosten zu gewärtigen haben.

Schließlich appellieren wir an das russische Volk, sich nicht von den Lügen und Manipulationen, die ihm von seiner eigenen Führung aufgezwungen werden, täuschen zu lassen und nicht zuzulassen, dass das Ansehen seines Landes in den Augen der Welt getrübt wird. Die russische Führung ist allein für die Folgen verantwortlich, die auf sie zukommen und auch die Bevölkerung ihres Landes treffen werden.

*Slava Ukraini!* [Hoch leben die Ukraine!]

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

Georgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Zusätzlich dazu möchte ich die folgende Erklärung abgeben.

Wir verurteilen aufs Schärfste die anhaltende militärische Aggression und Gewaltanwendung Russlands gegen die Ukraine, die den vierten Tag in Folge zu Lande, zu Wasser und aus der Luft erfolgt. Wie schon zuvor in diesem Forum erklärt wurde, verstößt Russland mit seinen Handlungen eklatant gegen die Charta der Vereinten Nationen, die Schlussakte von Helsinki und andere internationale Verpflichtungen, zu deren Einhaltung es sich verpflichtet hat.

Diese unprovokierte Aggression hat bereits entsetzliches menschliches Leid verursacht; gestern wurde von ukrainischer Seite berichtet, dass 198 Zivilpersonen, unter ihnen drei Kinder, getötet und über tausend verletzt wurden. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich bedauerlicherweise beständig, da die russischen Raketen weiterhin zivile Infrastruktur treffen.

In diesem kurzen Zeitraum mussten Hunderttausende von Ukrainerinnen und Ukrainern aus ihrer Heimat fliehen, um jenseits der Grenze in den Ländern ihrer westlichen Nachbarn Zuflucht zu suchen. Damit erhöht sich die Zahl der Vertriebenen, die nach der rechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und der Besetzung des Donbass ihre Heimstätten zurücklassen mussten.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die humanitären Lasten unter diesen sehr schwierigen Umständen aufgeteilt werden müssen. Daher hat Georgien eine Million Lari für humanitäre Hilfe für die Ukraine bereitgestellt, unter anderem für die Lieferung von Arzneimitteln und medizinischen Hilfsgütern. Wir bieten auch an, die Kosten für die Unterbringung aller Reisenden aus der Ukraine zu übernehmen, die wegen des Kriegsausbruchs in Georgien festsitzen.

Herr Vorsitzender,

wir sind der Auffassung, dass die internationale Gemeinschaft bei der Verteidigung der Grundfesten der internationalen regelbasierten Ordnung zusammenstehen muss. Wir schließen uns unserer Aufforderung an Russland an, seine Aggression unverzüglich einzustellen und alle Truppen aus der Ukraine und ihrer Umgebung abzuziehen. Wir sind mit der internationalen Gemeinschaft in unseren Bemühungen solidarisch, Russland an den Verhandlungstisch zu bringen und es zur Einhaltung des Völkerrechts zu bewegen, einschließlich seiner unumstößlichen Verpflichtungen im Rahmen des humanitären Völkerrechts.

Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich der Krim und des Donbass. Wir bewundern die Tapferkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Kampf für die Freiheit. Wir sind mit der Ukraine solidarisch verbunden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.



**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ÖSTERREICHS**

Herr Vorsitzender,

Österreich schließt sich vollumfänglich der Stellungnahme der Europäischen Union an. Darüber hinaus möchte ich einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft machen.

Seit mehr als drei Tagen herrscht Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Ein Krieg, den die Führung der Russischen Föderation mit zynischen Begründungsversuchen und in Verachtung des Völkerrechts entfesselt hat.

Seit mehr als drei Tagen erreichen uns Bilder, die wir für verbannt glaubten. Es sind Bilder von sinnloser Gewalt, Zerstörung und Leid. Die Logik des Rechts des Stärkeren hat keinen Platz im 21. Jahrhundert! Deshalb mussten wir – geeint wie nie zuvor – massive politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen den Aggressor auf den Weg bringen und haben dies auch getan.

Zu den erschütternden Bildern der vergangenen Stunden gehören auch solche, die Angriffe auf eindeutig zivile Ziele dokumentieren. Wir verurteilen dieses eklatante Überschreiten einer weiteren „roten Linie“ auf das Schärfste. Die Genfer Konventionen, das humanitäre Völkerrecht sind kein dispositives Recht! Die internationale Gemeinschaft wird jene, die solche Taten zu verantworten haben, zur Rechenschaft ziehen.

Die Evakuierung unserer SMM-Beobachterinnen und -Beobachter ist angelaufen. Einige Kolleginnen und Kollegen befinden sich schon in Sicherheit. Andere haben noch eine gefährliche Reise vor sich. Wir fordern deshalb unmissverständlich dazu auf, deren Schutz und Sicherheit vollumfänglich zu gewährleisten.

Herr Vorsitzender,

wir dürfen nicht zulassen, dass die Geschichte Europas erneut mit Blut geschrieben wird. Russland muss sämtliche Kampfhandlungen mit sofortiger Wirkung einstellen. Russland muss seine Truppen umgehend und vollständig vom ukrainischen Staatsgebiet abziehen. Blutvergießen und Zerstörung müssen sofort beendet werden.

Unsere Solidarität mit der Ukraine, der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volk ist ungebrochen!

Herr Vorsitzender,

ich ersuche Sie, diese Stellungnahme dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank!

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an, möchten jedoch aus nationaler Sicht einige Anmerkungen hinzufügen.

Hier, in diesem Saal, sind wir nicht nur eine Kombination aus unseren Vor- und Nachnamen. Wir sind in erster Linie die Vertreterinnen und Vertreter unserer Regierungen und Regime. Keiner von uns ist jetzt nur Sekretärin oder Sekretär (die Anspielung ist beabsichtigt).

Und Sie, werte Botschafter von Russland und Belarus, sind jetzt die Botschafter von Kriegsverbrechern. Alle Vertreterinnen und Vertreter der offiziellen Positionen von Russland und Belarus sind Komplizinnen und Komplizen der Kriegsverbrecher.

Manche sagen, dass alle, die beschlossen haben, den Krieg gegen die Ukraine zu führen, alle, die ihn ermöglichen, alle, die gegen die Ukraine kämpfen, alle, die ihn unterstützen, die Hölle erwartet. Aber vor der Hölle erwartet Sie Den Haag. Und dort werden Ihre Delegationen vielleicht noch näher beieinander sitzen als in diesem Saal.

Wir vertreten hier unsere Länder und Regime. Wir vertreten entweder eine klare und entschlossene Unterstützung für die Ukraine oder wir versuchen, uns hinter schwammigen Aussagen zu verstecken. Ich vertrete Lettland, das die Ukraine, ihre Souveränität und territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt unterstützt, den Krieg Russlands gegen die Ukraine verurteilt und Russland auffordert, den Krieg zu beenden.

Und ich kann mit niemandem gut Freund sein, der hier in diesem Saal nicht dieselben Aussagen trifft. Ich kann mit niemandem gut Freund sein, der letzten Donnerstag in diesem Saal geblieben ist, als alle, die die Ukraine klar und deutlich unterstützen, den Saal verlassen haben. Ich kann mit niemandem gut Freund sein, der heute nicht das Schild „*We are all Ukraine*“ vor seinem Länderschild stehen hat. Ganz gleich, wie nett die von Ihnen veranstalteten Mittagessen, Abendessen oder Empfänge auch sein mögen. Denn ich weiß,

wenn für mein Land, für mich und meine Familie eine ähnlich schlimme Stunde kommt, werden Sie nicht zur Stelle sein.

Es ist Krieg. Man ergreift Partei. Man steht nicht allein in der Mitte eines Schlachtfeldes und sendet Gedanken und Gebete für den Frieden, wenn einem die Kugeln um die Ohren fliegen, man greift zur Waffe und verteidigt – wen?

Meine Waffe sind meine Worte.

Ich stehe auf Seiten der Ukraine.

Lettland ergreift Partei für die Ukraine.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

Litauen schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an. Erlauben Sie mir jedoch, als Vertreter meines Landes einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Litauen verurteilt aufs Allerschärfste die großangelegte militärische Aggression Russlands gegen die friedliche Ukraine und ihre Bevölkerung unter der Beihilfe von Belarus. Es ist eine unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression. Eine Aggression, die einen brutalen Angriff auf die gesamte demokratische Welt darstellt.

Russland muss unverzüglich alle militärischen Handlungen einstellen und seine Streitkräfte aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet sowie aus Belarus abziehen.

Trotz der anhaltenden Versuche Russlands, toxische Lügen und Kriegspropaganda zu verbreiten, gibt es keinen Zweifel, dass Russland der Aggressor und dass Belarus Russlands Komplize ist. Die Ukraine hat das unbestrittene Recht auf Selbstverteidigung, wie es in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

Russland, und nur Russland allein, ist für das Blutvergießen, dem so viele unschuldige Menschen, Frauen und Kinder, Junge und Alte, zum Opfer fallen, für deren Leid und für Millionen zerstörter Leben verantwortlich. Russland trägt die Verantwortung für den wahllosen Beschuss ziviler Wohngebiete, von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und Krankenwagen. All das stellt eine eklatante Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, dar. Wir können dieser Straflosigkeit nicht weiter tatenlos zusehen. Wir müssen sicherstellen, dass die vom Aggressor begangenen Verbrechen nicht ungesühnt bleiben.

Der rechtswidrige militärische Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein „Verbrechen der Aggression“ nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.

Nachdem die Ukraine in einer Erklärung die Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) anerkannt hat, fallen sämtliche Handlungen des Völkermords, alle

Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine begangen werden, in den Zuständigkeitsbereich des ICC.

Wir begrüßen die Absicht der Regierung der Ukraine, alle Beweise für diese Verbrechen den internationalen Gerichtshöfen zur Verfügung zu stellen. Wir sollten alles in unserer Macht Stehende tun, um die Ukraine diesbezüglich zu unterstützen. Es wird keine Straffreiheit für Russland geben.

Abschließend möchte ich festhalten, dass die Ukraine zur europäischen Staatenfamilie gehört. Wir unterstreichen unsere unerschütterliche Unterstützung für die europäischen und euroatlantischen Bestrebungen der Ukraine. Litauen steht unverbrüchlich zur Ukraine, zu ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

*Слава Україні.*

Danke. Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Generalsekretärin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich schließe mich der Einlassung der EU an und möchte in nationaler Eigenschaft folgendes ergänzen: Heute, an Tag vier des brutalen russischen Angriffs auf die Ukraine blicken wir mit Schrecken auf die Kämpfe in vielen Teilen des Landes, vor allem auch in Kyjiw.

Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern müssen um ihr Leben fürchten, hunderte von Menschen haben bereits ihr Leben verloren, hunderttausende sind auf der Flucht, tausende sind verletzt.

Wir sind schockiert angesichts des rücksichtslosen Einsatzes von Artillerie und Raketen gegen dicht besiedelte städtische Gebiete durch die russische Seite. Wir haben Berichte über den Beschuss von Wohngebieten, von ziviler Infrastruktur, Öllagern und von dem Beschuss eines Lagers von nuklearem Abfall in Kyjiw. Es ist kaum möglich, all das menschliche Leid in Worte zu fassen.

*Today, we are all Ukraine.*

Mit ihrem brutalen und völlig unprovokierten militärischen Angriffskrieg auf die Ukraine verstößt die russische Regierung, verstößt Russland – ein ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats – vor den Augen der Welt gegen die elementarsten Regeln der internationalen Ordnung.

Präsident Putin und die russische Regierung treten in diesen Tagen die grundlegenden Prinzipien der OSZE und das Völkerrecht mit Füßen.

Erschreckend ist dabei, wie zynisch und schamlos sie vorgehen. Die Regierung versucht gar nicht, den Bruch zu kaschieren, sondern nennt klar ihr Ziel: den gewaltsamen Sturz einer demokratisch legitimitierten Regierung.

Präsident Putin hat nicht nur die Minsker Vereinbarungen gebrochen; er missachtet die gesamte Sicherheitsarchitektur in Europa, über deren Erneuerung sowohl OSZE als auch NATO neue Verhandlungsangebote gemacht haben.

Wir waren bereit, auf die Sicherheitsbedürfnisse aller einzugehen.

Aber die russische Gesprächsbereitschaft, das ist heute klar, war nur vorgegeben. Zynisch klingen uns die russischen Bekenntnisse zur Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine noch in den Ohren, die wir noch vor wenigen Tagen gehört haben.

Deutschland verurteilt nicht nur den brutalen militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Wir verurteilen auch die Mitwirkung von Belarus an dieser Aggression. Auch Belarus macht sich mitschuldig am Krieg in der Ukraine und missachtet die OSZE-Verpflichtungen.

Wir fordern, dass die russische Regierung das Blutvergießen unverzüglich beendet, alle militärischen Aktionen einstellt, sämtliche Truppen und Militärausrüstung aus der Ukraine abzieht und zur Diplomatie zurückkehrt.

Wir alle rufen die russische Regierung und das Militär dringend auf, die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts zum Schutz von Zivilpersonen uneingeschränkt zu beachten.

Wir fordern, dass Belarus seine Beihilfe zu diesem Angriffskrieg sofort beendet.

Wir, die OSZE Teilnehmerstaaten, müssen uns jetzt zusammenschließen und gegen diesen eklatanten Bruch des Völkerrechts durch Russland und Belarus Flagge zeigen.

Deshalb fordere ich alle diejenigen hier im Saal, die sich noch nicht klar bekennen können, auf: Dringen Sie in Ihre Regierungen, werben Sie in Ihren Hauptstädten dafür, sich klar zum Völkerrecht und zu unseren gemeinsamen Prinzipien zu bekennen und für die Ukraine Flagge zu zeigen.

Es wird eine Zeit nach diesem Krieg geben. Und dann wollen Sie auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden haben.

*Today, we are all Ukraine.*

Deutschland reagiert gemeinsam mit seinen Verbündeten und Partnern mit größter Entschlossenheit. Die wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen Folgen für Russland werden gravierend sein und wir arbeiten mit aller Kraft an weiteren Maßnahmen. Die Verantwortung für die Konsequenzen trägt alleine die russische Regierung. Auch die Machthaber in Minsk werden die Konsequenzen ihrer Komplizenschaft zu spüren bekommen.

Ich bedaure zutiefst, dass die OSZE-Sonderbeobachtermission aufgrund der russischen Raketenangriffe auf Kyjiw und andere Städte gezwungen war, ihr internationales Personal vorläufig zu evakuieren. Ich fordere die russische Regierung auf, die Sicherheit der Missionsmitglieder zu garantieren, die noch in der Ukraine sind.



Deutschland steht in voller Solidarität an der Seite der Ukraine. Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den Getöteten und Verletzten und bei ihren Angehörigen, bei den Menschen, die jetzt in der Ukraine vor der Gewalt flüchten müssen.

*Today, we are all Ukraine.*

Ich danke Ihnen.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MOLDAUS**

Exzellenzen,

in seiner Erklärung vorgestern auf der erweiterten Sitzung des Ständigen Rates hielt der stellvertretende Ministerpräsident von Moldau, Nicu Popescu, Folgendes fest:

Ich zitiere: „Die Republik Moldau schließt sich der internationalen Gemeinschaft an und verurteilt den kriegerischen Akt der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Akt ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine. Er stellt einen Bruch des Völkerrechts und eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Dokumente und Prinzipien dar, auf denen diese Organisation und die internationale Ordnung beruhen. Wir als neutrales Land fordern die Russische Föderation auf, die Anwendung militärischer Gewalt unverzüglich einzustellen und auf den Weg der Diplomatie, des Dialogs und der Zusammenarbeit zurückzukehren, da dies die einzigen Mittel sind, um Frieden und Stabilität auf unserem Kontinent zu gewährleisten.“ Zitat Ende.

Am Donnerstag Abend, und zwar kurz nach dem Ende der erweiterten Sitzung des Ständigen Rates, verhängte das Parlament der Republik Moldau den Ausnahmezustand über das Land. Auch der Luftraum war an dem Tag bereits gesperrt worden.

In den vergangenen 72 Stunden sind über 50 000 ukrainische Staatsbürger und -bürgerinnen aus der benachbarten Ukraine in das Hoheitsgebiet Moldaus eingereist.

Während 18 000 von ihnen nach Rumänien weiterreisten, blieben über 33 000 Personen in Moldau, wo sie von den moldauischen Behörden umfassend betreut und in Heimstätten der Bevölkerung untergebracht wurden. Neben den Ukrainerinnen und Ukrainern gibt es aber auch Menschen aus anderen Ländern, die aufgrund des gesperrten Luftverkehrs, der Staus an den Grenzübergängen und wegen Visafragen nicht ohne Weiteres abreisen können. Wir tun unser Bestes, um die Situation zu bewältigen, sind aber auch auf die Hilfe unserer Partner angewiesen.

Nach der Ankündigung der Generalsekretärin auf der erweiterten Sitzung des Ständigen Rates am 24. Februar 2022, dass eine vorübergehende Not-Evakuierung der Feldoperationen in der Ukraine beschlossen wurde, haben die moldauischen Behörden in

Zusammenarbeit mit dem Sekretariat und der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) die notwendige Unterstützung für die Unterbringung der Mitglieder der SMM auf dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau angeboten. Über 100 Fahrzeuge der SMM befinden sich bereits in Moldau, und es wird erwartet, dass im Laufe des heutigen Tages über 150 weitere SMM-Autos eintreffen werden. Wir sind bereit, in diesem Zusammenhang erforderlichenfalls weitere Hilfe zu leisten.

Abschließend möchte ich erneut betonen, dass die Republik Moldau an ihrer langjährigen und prinzipientreuen Haltung im Sinne einer starken und unverbrüchlichen Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen festhält.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION VON SAN MARINO**

Herr Vorsitzender,

mit wachsender Besorgnis verfolgt die Republik San Marino die aktuellen Ereignisse in der Ukraine.

Wie auch die Europäische Union verurteilen wir diese ungerechtfertigte und unprovokierte Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Wir möchten in der heutigen Sitzung den aus tiefstem Herzen kommenden, dringenden Friedensappell wiederholen, der nun laufend bei Großdemos in den Städten ganz Europas ertönt: Stoppt den Krieg sofort!

Die Republik San Marino hat den Weg der Kriegsführung stets verurteilt und wird das auch in Zukunft, was auch immer passiert, tun; die Geschichte hat uns – auch in jüngster Vergangenheit – gelehrt, dass Krieg die Welt in einem Zustand hinterlässt, der schlechter ist als ihre Lage davor.

Wir erneuern unseren Aufruf, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, und appellieren an die Parteien, zum Dialog zurückzukehren und sich auf eine Lösung zu einigen, die die Sicherheit der Ukraine, des gesamten europäischen Kontinents und der ganzen Welt gewährleistet.

Wir befinden uns im einundzwanzigsten Jahrhundert: Nützen wir doch das breite Spektrum an bestehenden internationalen Mechanismen und Organisationen zur Lösung von Konflikten und Missverständnissen! Fördern wir den Dialog und erleichtern wir Verhandlungen!

Darüber hinaus hoffen wir, dass die ukrainische Bevölkerung die humanitäre Hilfe, die sie so dringend benötigt, erhält. Wir sind entsetzt angesichts des Leids, das diese Menschen durchmachen: den Verlust so vieler Menschenleben, die ständige Angst, das Fehlen jeglicher Sicherheit.

Abschließend bekräftigen wir unsere Unterstützung für die Souveränität, die territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE**

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie diese Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen haben. Die Niederlande schließen sich der Erklärung der Delegation der Europäischen Union vollinhaltlich an. Wir verurteilen erneut auf das Allerschärfste die russische Aggression gegen die Ukraine.

Die Stellungnahmen der russischen Delegation in den letzten Wochen und Monaten in diesem Saal erinnern mich an eine alte russische Geschichte:

“Алло, дорогой, только что по радио передали, что один водитель едет по встречке. Будь осторожнее. – Один??? Да их тут тысячи!”

Oder in der englischen Version:

„Ein Mann fährt im Auto auf der Moskauer Ringstraße. Im Radio hört er eine Warnung, man solle äußerst vorsichtig sein, da ein Geisterfahrer auf der Ringstraße unterwegs sei. Der Mann sagt zu seiner Frau „ein Geisterfahrer? Ich sehe Tausende Geisterfahrer!“

Herr Vorsitzender, dieser Vergleich ist nicht zur Belustigung gedacht. Aber ich hoffe, er hilft der russischen Delegation zu erkennen, dass sie auf der falschen Seite der Geschichte sind und dass ihnen – auch wenn sie sich alle möglichen Vorwände für ihre ungeheuerliche Aggression gegen einen anderen Teilnehmerstaat einfallen lassen – niemand, weder innerhalb noch außerhalb dieses Saals, Glauben schenken wird.

Russland sollte sofort sämtliche Kampfhandlungen einstellen und sich aus der Ukraine zurückziehen.

Wir zollen der Ukraine Anerkennung für die Tapferkeit, mit der sie sich gegen die Aggression wehrt, und trauern gemeinsam mit unseren ukrainischen Freunden um die Opfer.  
*Today we are all Ukraine.*

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal dieser Sitzung.

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK**

Die Tschechische Republik schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollumfänglich an. Ich möchte noch einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen.

Wir sind zutiefst erschüttert, dass im Europa von heute eine derartige unprovokierte Aggression unter dem Vorwand von Völkermord und Denazifizierung möglich ist.

Russland hat absichtlich Lügen und Desinformation verbreitet, obwohl die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) seit acht Jahren tätig ist. So wurde über schwere Verstöße, auch gegen die Menschenrechte, berichtet; in den Meldungen der SMM kamen derlei Anschuldigungen nicht vor.

Die sogenannten Argumente Russlands haben denselben Ursprung wie die Aussagen, die wir vor ein paar Tagen gehört haben, nämlich, dass Russland niemals die Ukraine angreifen würde.

Dieser unprovokierte, ungerechtfertigte kriegerische Akt wird von einer der militärischen Großmächte der Welt, von einem ständigen Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, gegen einen unabhängigen und souveränen Staat verübt.

Durch diesen Akt hat die derzeitige Führung Russlands jegliche Glaubwürdigkeit für die Rolle als Hüterin der internationalen Sicherheitsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen verloren.

Wir verurteilen Russlands grobe Verletzung des Völkerrechts und seine Aushöhlung der europäischen und globalen Sicherheit und Stabilität auf das Schärfste.

Wir verurteilen auch die Beteiligung Belarus' an dieser Aggression gegen die Ukraine. Wir fordern Belarus auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, zu denen nicht gehört, sein Hoheitsgebiet für die Aggression gegen einen Drittstaat zur Verfügung zu stellen.



Unter all den schrecklichen Folgen dieses Konflikts gibt es ein positives Signal, und zwar, dass – trotz strenger Beschränkungen des Zugangs zu Ressourcen durch die Zensur, Schikanie von Demonstranten und Medienschaffenden in Russland – die russische Bevölkerung, wie wir auch über die sozialen Medien erfahren, gegen diesen Krieg ist.

Sie schämen sich und lassen die Welt wissen, dass dies nicht ihr Krieg ist.

Das ist ein wichtiges Anzeichen für Veränderungen in der Zukunft.

Mit großer Bewunderung beobachten wir die Tapferkeit und Entschlossenheit der Menschen in der Ukraine; wir stehen voll und ganz hinter ihnen und unterstützen sie auf jede erdenkliche Weise, auch durch die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in Tschechien.

Die Tschechische Republik ist gemeinsam mit der Europäischen Union, ihren Verbündeten und anderen gleichgesinnten Ländern bereit, mit strengsten restriktiven Maßnahmen zu reagieren, um die russische Regierung dazu zu bringen, auf den Weg des Rechts und an den Verhandlungstisch zurückzukehren und ihre Aggression gegen einen unabhängigen und souveränen Staat einzustellen.

Letzten Endes müssen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und das friedliche Zusammenleben der Völker die Oberhand gewinnen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION PORTUGALS**

Herr Vorsitzender,

danke, dass Sie mir das Wort erteilt haben, und danke für die Einberufung dieser Sitzung.

Zunächst möchte ich all jenen, die durch diesen abscheulichen Angriff ihre Liebsten verloren haben, mein Beileid und unsere Trauer und unser tief empfundenen Mitgefühl aussprechen.

Ich möchte ergänzend zur Erklärung der Europäischen Union einige Bemerkungen anfügen.

Es ist unmöglich, angesichts der fortwährenden Tragödie in der Ukraine, die durch die militärische Aggression Russlands mit der Unterstützung Belarus' gegen ein friedliches Nachbarland verursacht wurde, zu schweigen. In dieser schweren Stunde bekräftigt Portugal seine tiefe Solidarität mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Ihr seid nicht allein, ihr werdet nicht allein gelassen werden.

Wir fordern die Russische Föderation auf, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Sie muss ihre Truppen nach Russland zurückholen und dem Frieden eine Chance geben.

Im Krieg bleibt die Wahrheit oft als erste auf der Strecke. Daher und in Anlehnung an die Worte der Beauftragten für Medienfreiheit sollte der Schutz von Journalistinnen und Journalisten und ihrer Arbeit weiterhin oberste Priorität haben. Wir erinnern daran, dass gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht die Staaten die freie Meinungsäußerung achten und schützen müssen und dass Medienschaffende wie Zivilpersonen zu behandeln sind.

Die gegenwärtige Aggression ist nicht von Russlands Sicherheitsbesorgnissen geleitet, und es kann niemals sein, dass ein Teilnehmerstaat ein Sicherheitsproblem mit einer militärischen Aggression zu lösen versucht.

Die OSZE wurde zur Verhinderung von Konflikten und zur Erhaltung von Frieden und Stabilität geschaffen. Geleitet vom Geist von Helsinki verfügen wir hier über eine Plattform und die Instrumente, um uns mit Krisensituationen und Sicherheitsfragen zu befassen. Was einzig und allein fehlt – und das ist das Allerwichtigste –, ist der politische Wille.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**

PC.JOUR/1359  
27 February 2022  
Annex 21

GERMAN  
Original: FRENCH

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION MONACOS**

Herr Vorsitzender,

das Fürstentum Monaco ist weiterhin äußerst besorgt über die Verschlechterung der Lage in der Ukraine.

Monaco misst der Achtung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Mitgliedstaaten sowie dem zentralen Grundsatz der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten größte Bedeutung bei.

Monaco unterstützt voll und ganz die Bemühungen des Vorsitzes und aller OSZE-Strukturen, die darauf abzielen, die militärischen Operationen so schnell wie möglich zu beenden und auf den Weg des Dialogs zurückzukehren.

Monaco unterstützt auch die Initiativen der Europäischen Union im Hinblick auf wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen Russland.

Monaco erinnert daran, dass es im Einklang mit seinen finanzpolitischen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union sämtliche Sanktionen, die in diesem Bereich beschlossen werden, unverzüglich umsetzen wird.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ITALIENS**

Herr Vorsitzender,

Italien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, möchte jedoch in nationaler Eigenschaft einige Bemerkungen hinzufügen.

Italien verurteilt aufs Allerschärfste den Angriff Russlands auf die Ukraine, der weder gerechtfertigt noch zu rechtfertigen ist. Wir verurteilen auch die Mitwirkung von Belarus an diesem Angriff.

Die zahlreichen Opfer unter der Zivilbevölkerung und die Bilder der Zerstörung, die uns derzeit erreichen, erinnern an die dunkelsten Tage der europäischen Geschichte und erfüllen uns mit tiefer Trauer. Wir möchten den Familien, die heute Todesopfer unter ihren Angehörigen zu beklagen haben, unser tief empfundenes Beileid aussprechen. Wir nehmen Anteil an ihrem schweren Schicksal. Dieser Krieg war vom ukrainischen Volk nicht gewollt, und er wird auch von den Menschen in Russland, die in vielen Städten mutig demonstrieren, nicht gewollt.

Ich möchte daran erinnern, dass am Freitag das Ministerkomitee des Europarats unter dem Vorsitz Italiens mit der überwältigenden Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen hat, die Russische Föderation aufgrund ihrer schweren Verstöße gegen die grundlegenden Prinzipien dieser mit dem Schutz der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundfreiheiten beauftragten Organisation ab sofort auszuschließen.

Italien fordert Russland erneut auf, unverzüglich seine Militäroperation einzustellen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abziehen. Russland wird für sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts zur Verantwortung gezogen werden.

Italien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die volle Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und steht dem ukrainischen Volk und den ukrainischen Institutionen in dieser dramatischen Zeit zur Seite.

Als konkretes Zeichen unserer Solidarität mit dem ukrainischen Volk sind wir dabei, ein Finanzhilfepaket in Höhe von 110 Mio. EUR für humanitäre Zwecke und die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung aufzustellen. Auch andere Formen der Unterstützung werden derzeit geprüft.

Italien arbeitet eng mit seinen Partnern in der Europäischen Union sowie seinen G7- und NATO-Verbündeten zusammen, um geschlossen und bestimmt auf den russischen Angriff zu reagieren. Durch die jüngste Annahme härterer und einschneidenderer Sanktionen und restriktiver Maßnahmen vermitteln wir eine Botschaft der Geschlossenheit und Solidarität in der Sache der Ukraine und der Verteidigung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Wir sind bereit, noch schärfere Maßnahmen zu ergreifen, sollten die bereits getroffenen sich als unzureichend erweisen.

Italien würdigt und unterstützt nach wie vor die Bemühungen des polnischen Vorsitzes und der Generalsekretärin um ein wirksames Handeln der Organisation angesichts einer noch nie dagewesenen Herausforderung für die gemeinsamen Grundsätze und Verpflichtungen, auf denen sie beruht.

Wir sind stolz auf die bisherige Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine und den Beitrag, den unsere Beobachter geleistet haben.

Wir bringen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Generalsekretärin und alle Verantwortlichen in der Mission zum Ausdruck, die ihre Pflichten in dieser schwierigen Zeit erfüllen, um die Sicherheit und Unversehrtheit des OSZE-Personals in der Ukraine zu gewährleisten. Wir sind sehr dankbar für die Zusammenarbeit.

Herr Vorsitzender,

wir möchten uns allen Vorrednern anschließen und bekräftigen, dass auch für uns heute gilt: „*We stand with Ukraine*“.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der Sitzung.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION MALTAS**

Zuerst möchte ich dem polnischen amtierenden Vorsitzenden danken, dass er diese Sondersitzung des Ständigen Rates einberufen hat.

Im Anschluss an die von der Europäischen Union abgegebene Erklärung, der wir uns nachdrücklich anschließen, möchte ich als Vertreter meines Landes einige kurze Bemerkungen hinzufügen.

Malta verurteilt die Eskalation der Aggression gegen die Ukraine durch die Russische Föderation aufs Allerschärfste; sie hat bereits viele Todesopfer gefordert und zu erheblichen Wanderungsbewegungen von Menschen, die vor dem Gemetzel flüchten, geführt.

Wir verurteilen auch mit allem Nachdruck die Beteiligung von Belarus an dieser Aggression gegen die Ukraine und wiederholen unsere Aufforderung an Belarus, von derartigen Vorgehensweisen Abstand zu nehmen und seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Wir bekunden unsere volle Solidarität mit der Ukraine angesichts dieser ungerechtfertigten und ungeheuerlichen Aggression. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt den Familien der Opfer. Malta ist bereit, humanitäre Hilfe zu entsenden, um das Leid etwas zu mildern, das über die ukrainische Zivilbevölkerung hereingebrochen ist.

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie uns zu wiederholen, was wir bereits gesagt haben. Diese Aggression ist nicht nur eine eklatante Verletzung des Völkerrechts.

Sie ist auch ein unmissverständlicher Angriff auf die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine sowie eine völlige Missachtung der zahlreichen und wiederholten Aufrufe und Versuche, die Krise zu deeskalieren.

Sie ist auch ein Angriff auf jeden Einzelnen von uns und auf die Werte und Prinzipien der OSZE, zu denen wir uns alle bekennen.

Die Rechtfertigung der Invasion in der Ukraine mit zynischen Worten entspricht nicht der Realität. Diese Art der Desinformation muss aufgedeckt werden.

Diese Aggression muss aufhören. Bedingungslos.

Gewalt kann nie richtig sein.

Es ist nicht zu spät, dass Russland seine Truppen zurückzieht.

Es ist nicht zu spät, dass die Diplomatie noch eine Chance erhält und siegt.

Wir stehen an der Seite der Ukraine. *Today we are all Ukraine.*

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.



---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION BULGARIENS**

Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich danke dem polnischen Vorsitz für die Einberufung dieser Sondersitzung zu einem äußerst kritischen Zeitpunkt.

Wir schließen uns der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an. Darüber hinaus möchte ich im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wie alle Vorrednerinnen und Vorredner verurteilen auch wir die derzeit stattfindende unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft hat sich Russland geweigert, den Weg der Diplomatie zu beschreiten, und sich stattdessen für den Einsatz von Gewalt entschieden. Durch dieses beispiellose Vorgehen wird die internationale Ordnung ausgehöhlt. Wir müssen unsere Stimme erheben, um sicherzustellen, dass es auch in Zukunft möglich bleibt, Streitigkeiten zwischen Staaten auf friedliche und höfliche Art beizulegen.

In Anbetracht der sich rasch verschlechternden humanitären Lage wollen auch wir – so wie der polnische Vorsitz und andere Delegationen – nachdrücklich darauf hinweisen, dass die Zivilbevölkerung am meisten unter der aktuellen militärischen Aggression Russlands leidet. Wir erinnern Russland an das humanitäre Völkerrecht und fordern die Einhaltung dieser Normen. Wir schließen uns den anderen Delegationen an und bringen dem ukrainischen Volk unser tief empfundenes Beileid für die vielen Opfer zum Ausdruck; unsere Gedanken sind bei deren Familien.

Wir halten es daher für äußerst wichtig, eine deutliche Sprache zu sprechen und Russland aufzufordern, auf den Weg des Rechts und an den Verhandlungstisch zurückzukehren und unverzüglich seine Aggression gegen einen souveränen und unabhängigen Nachbarstaat einzustellen und seine Streitkräfte aus dem ukrainischem Hoheitsgebiet abzuziehen.

Bulgarien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. In dieser beispiellosen Krise stehen wir solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes, einschließlich der dortigen bulgarischen Gemeinschaft. Wir halten auch entschlossen an unserer unerschütterlichen Unterstützung für die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens und Moldaus fest.

Wir schließen uns dem Dank an die Generalsekretärin und das Sekretariat für ihre Bemühungen um die Evakuierung der internationalen Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine an.

*We are all Ukraine today.*

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**  
StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION SLOWENIENS**

Herr Vorsitzender,

es ist schwierig, etwas Neues zu sagen, aber ich möchte doch einige unserer Bemerkungen aus nationaler Sicht wiederholen und zu dem, was wir bereits durch die Erklärung der Europäischen Union zum Ausdruck gebracht haben, hinzufügen.

Die heutigen Bilder aus der Ukraine wären vor einer Woche als unrealistisches Szenario erschienen. Mit den sich überschlagenden Ereignissen in der und um die Ukraine wächst unsere Besorgnis, insbesondere um die Zivilbevölkerung. Wir verurteilen die gezielten Angriffe auf Zivilpersonen aufs Schärfste und beklagen den tragischen Verlust von Menschenleben, das Leid der Menschen und die Zerstörung. Wir fordern Russland auf, das humanitäre Völkerrecht zu achten und allen Menschen in Not, auch dem Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine, ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe und Unterstützung zu gewähren. „Die Kinder der Ukraine brauchen dringend Frieden. Und zwar jetzt.“ (UNICEF).

Wir wiederholen unsere Aufforderung an Russland, die Aggression gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen.

Die Verantwortung für diesen kriegerischen Akt liegt bei Russland. Russland verletzt das Völkerrecht und missachtet unsere gemeinsamen Grundsätze. Nicht das russische Volk, sondern seine Führung.

Die Logik Putins hat sich als unlogisch herausgestellt. Er argumentierte stets gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, weil dadurch die Bedrohung durch die NATO direkt bis an die russische Grenze heranreichen würde. Nun marschiert er selbst in der Ukraine ein und rückt bis zur NATO-Grenze vor.

Als Ausdruck der Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung hat Slowenien bereits mit humanitärer Hilfe reagiert und im Einklang mit dem Ersuchen um internationale Unterstützung für die Ukraine im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz den Luftraum für alle in der Russischen Föderation registrierten Luftfahrzeuge geschlossen und materielle Hilfe sowie Waffen und Ausrüstung bereitgestellt. Und wir werden weiterhin helfen. Damit

sich die Ukrainer selbst – und schließlich uns alle – verteidigen können, brauchen sie unsere Hilfe. Und sie brauchen diese Hilfe zur rechten Zeit.

Putin hat immer wieder die Existenz des ukrainischen Volkes in Abrede gestellt. In diesen letzten Tagen haben die Ukrainerinnen und Ukrainer mehr denn je bewiesen, was Putin anzweifelte: die Ukraine ist eine Nation. Nun setzen sie ihr Leben aufs Spiel, um ihr Land zu verteidigen.

Slowenien stand der Ukraine auch zur Seite, indem es die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mitgetragen hat. Gleichzeitig bedauern wir die missbräuchliche Verwendung des Vetorechts durch die Russische Föderation, die den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen daran hindert, seiner Verantwortung nachzukommen, Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene zu wahren. Gemeinsam mit der Ukraine und unseren Partnern werden wir uns darum bemühen, eine Resolution der Generalversammlung vorzuschlagen, die den sofortigen Abzug der russischen Streitkräfte fordert.

Wir bekräftigen unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, und werden niemals territoriale Veränderungen als Folge der Anwendung von Gewalt akzeptieren.

Diese Ereignisse dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die als Reaktion auf diese Invasion beschlossen werden.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung dieser Erklärung in das Journal der Sitzung.

Danke.

---

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION IRLANDS**

Irland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Bemerkungen hinzufügen:

Irland verurteilt den ungerechtfertigten und durch nichts provozierten Angriff auf die Ukraine auf das Schärfste und fordert Russland auf, seine Militäraktionen unverzüglich einzustellen. Wir sind entsetzt über die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, und sprechen den Familien der Opfer unser Beileid aus.

Das Vorgehen Russlands in der Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts, die OSZE-Verpflichtungen und die humanitären Normen. Die Folgen dieses Vorgehens – der Verlust von Menschenleben, Verletzte, Vertriebene und all das Leid in der Ukraine – sind absolut inakzeptabel.

Herr Vorsitzender, Irland steht dem ukrainischen Volk solidarisch zur Seite. Irlands Unterstützung für die Souveränität, die territoriale Integrität und das Recht der Ukraine, den Weg ihrer Außen- und Sicherheitspolitik selbst zu wählen, ist unverbrüchlich.

Als Ausdruck unserer Solidarität mit dem ukrainischen Volk wird Irland 10 Mio. EUR an Unterstützungsgeldern für humanitäre Hilfe bereitstellen. Diese Unterstützung wird über die humanitären Partner Irlands vor Ort, darunter die Vereinten Nationen und zivilgesellschaftliche Organisationen, abgewickelt werden. Irland liefert auch medizinische Hilfsgüter über den Katastrophenschutzmechanismus der Europäischen Union.

Irland möchte betonen, dass das humanitäre Völkerrecht vollständig eingehalten werden muss und dass es wichtig ist, auch die Sicherheit der Mitarbeiter humanitärer Organisationen zu gewährleisten.

Wie es so oft der Fall ist, wird sich auch dieser Konflikt unverhältnismäßig stark auf Frauen und Mädchen, insbesondere unter den Vertriebenen, auswirken; sie sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt und besonders gefährdet. Ihre Rechte müssen jederzeit gewahrt bleiben und es ist sicherzustellen, dass sich diejenigen, die diese Rechte in irgendeiner Weise verletzen oder missbrauchen, dafür zu verantworten haben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um dem amtierenden Vorsitzenden, der Generalsekretärin und dem Sekretariat für ihre Bemühungen um die Evakuierung der Mitarbeiter der Sonderbeobachtermission in der Ukraine zu danken.

Lassen Sie mich abschließend wiederholen, dass wir heute an der Seite der Ukraine stehen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn sie diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen lassen könnten.

**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ESTLANDS**

Herr Vorsitzender,

ich danke dem Vorsitz für die Einberufung dieser außerordentlichen Sitzung in dieser für uns alle schwierigen Zeit.

Estland schließt sich der Erklärung, die im Namen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgegeben wurde, vollinhaltlich an. Ich stimme auch der Verurteilung des Vorgehens Russlands durch die überwältigende Mehrheit der Delegationen, die vor mir am Wort waren, zu. Darüber hinaus möchte ich einige Punkte hervorheben und einige Bemerkungen aus unserer Sicht hinzufügen.

Lassen Sie mich klar und deutlich sagen: Die Aggression kommt von Russland.

Es ist ein Krieg gegen einen demokratischen Staat und die gesamte Menschheit.

Es ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und die OSZE-Prinzipien. Wir können diese Prinzipien nicht aufgeben, auch wenn Russland dies tut.

Es ist ein Krieg gegen Menschen, der unermessliches, gewolltes menschliches Leid und viele Opfer mit sich bringt. Die Verursacher dieser Verbrechen sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist ein Verbrechen gegen das ukrainische und auch gegen das eigene russische Volk. Es ist ein Angriff auf die Demokratie und die freie Gesellschaft, auch in Russland.

Ich erwarte von den russischen Kolleginnen und Kollegen, dass sie mit den Lügen aufhören, die sie allzu lang zur Vertuschung der böartigen Absichten Russlands verbreitet haben. Die Erklärungen Russlands sind als Hassrede und Kriegspropaganda anzusehen.

Ferner erwarte ich von den russischen Kolleginnen und Kollegen, dass sie Moskau wahrheitsgetreu berichten, dass die Aggression Russlands mit überwältigender Mehrheit verurteilt und dass vielfach gefordert wurde, diese unmenschliche und ungerechtfertigte Militäraktion gegen die Ukraine und in der Ukraine zu beenden.

Stoppen Sie den Krieg, beginnen Sie mit der Schaffung von Frieden durch echte Diplomatie und nicht mit vorgehaltener Waffe und unter der Androhung militärischer Gewalt.

Wir stehen an der Seite der Ukraine.



**1359. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1359, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SPANIENS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Spanien schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union Wort für Wort an.

Gestatten Sie mir, als Vertreter meines Landes eine kurze Erklärung hinzuzufügen.

Spanien möchte seine Verurteilung der Invasion der Streitkräfte der Russischen Föderation in der Ukraine unmissverständlich und mit Nachdruck bekräftigen. Wir haben es mit einer gänzlich ungerechtfertigten und in ihrem Ausmaß beispiellosen Aggression und einer eklatanten Verletzung des Völkerrechts zu tun, die die globale Sicherheit und Stabilität gefährdet. Die Russische Föderation hat gegen Buchstaben und Geist der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und aller OSZE-Verpflichtungen verstoßen, die alle Teilnehmerstaaten, einschließlich der Russischen Föderation, freiwillig eingegangen sind.

Spanien fordert, dass die Russische Föderation ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einstellt und ihre Streitkräfte aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzieht, bevor es noch mehr Opfer gibt.

Die Russische Föderation schenkt der internationalen Gemeinschaft nach wie vor keinerlei Beachtung und gefährdet weiterhin das Leben von Zivilpersonen – Männer, Frauen und Kinder –, die unter den Folgen dieser Aggression leiden.

Herr Vorsitzender,

Spanien achtet die Souveränität und Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und wird sie auch in Zukunft hochhalten. Dementsprechend möchten wir erneut unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem Volk und der Regierung der Ukraine bekräftigen, deren Leid wir zutiefst bedauern.

Der Einsatz von Gewalt hat sich schon immer als unwirksame Methode für die Beilegung von Streitigkeiten erwiesen. Der einzig richtige Weg ist der des Dialogs und der

Diplomatie. Spanien möchte daher einmal mehr die Bedeutung der OSZE als geeignetes Forum für die Schaffung der Grundlagen für die europäische Sicherheit unterstreichen.

Danke.